

200 Deeg
Regiirungspolitik aus
emweltpolitescher
Sucht

eng kritesch Analyse

Mouvement Ecologique

Mäerz 2000

200 Deeg Regierungspolitik aus umweltpolitischer Sicht eng kritisch Analyse

Der Mouvement Ecologique hat im September 1999 eine eingehende Analyse *«Koalitionsabkommen und Ressortverteilung aus umweltpolitischer Sicht»* erarbeitet und veröffentlicht.

Darin wurde das Koalitionsabkommen aus ökologischer Sicht als eher zwiespältig bewertet. Einerseits steht das Abkommen unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit, mit einer Reihe entsprechender positiver Akzente im ökologischen Bereich: Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung, Vorrang der Prävention gegenüber der Reparatur von Umweltschäden, Einführung eines Bodenschutzgesetzes, Integration der Landschaftspläne in die Flächennutzungsplanung der Gemeinden, Ausweisung von Schutzzonen aus naturräumlicher Sicht auf Landesebene, Maßnahmen in bezug auf eine naturnahe Forstwirtschaft u.a.m.

Andererseits wurde das Umweltministerium in wesentlichen Bereichen in seinen Kompetenzen beschnitten (u.a. Wasserwirtschaft) und es wurden eine Reihe von Projekten angeführt, die dem zukunftsweisenden Prinzip der Nachhaltigkeit diametral gegenüberstehen (wie z.B. im Bereich der Transportpolitik).

Angesichts dieser ambivalenten Orientierung war für den Mouvement Ecologique in seiner damaligen Analyse die Frage entscheidend, welche von beiden Politikorientierungen sich in den nächsten Wochen durchsetzen würde. Wir zitieren:

«Die kommenden Monate werden zeigen, welche Tendenzen und Grundsatzüberzeugungen sich in der Regierung durchsetzen werden: denn beides - ein Mehr an Nachhaltigkeit und eine Infragestellung ökologischer Errungenschaften der letzten Legislaturperioden - schließen sich aus.»

Nach 200 Tagen ist es deshalb sinnvoll, eine erste Bilanz zu ziehen - diese kann nur als äußerst ernüchternd gekennzeichnet werden.

Die aktuelle Regierungspolitik aus der Sicht der Nachhaltigkeit Fallbeispiele

Es kann nicht Anspruch dieser Bilanz sein, eine umfassende Analyse der ersten sechs Monate der Regierungspolitik in allen Bereichen zu erstellen. Es soll vielmehr anhand von einigen exemplarischen Fallbeispielen versucht werden, eine erste Einschätzung von Grundorientierungen vorzunehmen.

Fallbeispiel: Energiepolitik

Im Rahmen der Regierungsneubildung verlagerten sich bekanntlich die Kompetenzen im Energiebereich. Das Energieministerium wurde aufgelöst und dem Wirtschaftsministerium einverleibt. Andererseits wurden die Zuständigkeiten im Bereich alternative Energien / Energiesparmaßnahmen / Energieaudits *sowohl* dem Wirtschafts- *als auch* dem Umweltministerium übertragen.

Eine Analyse der energiepolitischen Akzente dieser Regierung in den letzten Wochen - vor allem in Bezug auf die Umsetzung der Direktive zur Liberalisierung des Strommarktes bzw. betreffend die Förderungsmaßnahmen von erneuerbaren Energien - weist eine Reihe von besorgniserregenden Entwicklungen auf. Einige Fakten:

* Nach 6 Monaten noch immer keine Klärung der Kompetenzfrage

Bis dato ist noch immer unklar, wie genau die neue Ressortenteilung im Energiebereich in der Praxis zu handhaben ist bzw. wie sie zwischen Umwelt- und Wirtschaft im Detail gestaltet werden soll.

- Warum fand eine ausführliche Absprache zwischen den beiden Ministerien - die auch von Regierungsseite gutgeheissen worden wäre - immer noch nicht statt?
- Welches Ministerium ist federführend für die Akzentsetzung im Bereich alternative Energien?
- Welches Ministerium hat die Aufgabe konkrete Programme mit den Gemeinden in die Wege zu leiten?
- Wer ist Ansprechpartner für die Gemeinden?
- Wieso sind die integralen Budgetmittel weiterhin dem Wirtschaftsministerium unterstellt, wenn das Umweltministerium für die Arbeiten im Bereich alternative Energien zuständig sein soll?
- Inwiefern verfügt das Umweltministerium - aufgrund seiner neuen Missionen - überhaupt über konkrete Instrumente zur Förderung der Ziele Energiesparen und erneuerbare Energien?

Es ist absolut unverständlich, daß nach sechs Monaten diese Fragen immer noch nicht geklärt wurden. Hier sind die für diesen Mißstand verantwortlichen Politiker noch meilenweit von der Effizienz eines zielgerichteten Managements entfernt! Es kann doch wohl nicht sein, daß eine größere Effizienz staatlicher Instanzen nur zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen - nicht jedoch volkswirtschaftlicher und im besonderen ökologischer - erfolgt!

Die vergangenen Wochen erwecken den Eindruck, als ob die Einteilung der Kompetenzen wie folgt aussehen könnte:

- Die grundlegenden Akzente und die generelle Ausrichtung der Energiepolitik würde über das Wirtschaftsministerium erfolgen. Was das heißt wurde in den letzten Wochen seitens des Wirtschaftsministeriums mehr als deutlich gemacht: keine Quoten für den Anteil regenerativer Energien im Gesetzesprojekt zur Stromliberalisierung, niedrige Einspeisepreise für Solarenergie ins Stromnetz u.a.m.
- Weniger grundsätzliche Aspekte, die als weniger «politisch» und z.T. aus wirtschaftspolitischer Sicht als eher kosmetischer Natur angesehen werden, sollen dem Umweltministerium überlassen werden, wie z.B. die Bezuschussung einzelner Anlagen.

So hatte sich der Mouvement Ecologique die neue Kompetenzeinteilung nicht vorgestellt - das Umweltministerium als Ausführungsgehilfe der Politik des Wirtschaftsministeriums!

- **Konkrete Zielvorstellungen seitens der Regierung nicht einmal ansatzweise erkennbar**

Denn: die Frage der Kompetenzzuteilung steht stellvertretend für die generelle Ausrichtung der Energiepolitik Luxemburgs. Es gibt zur Zeit Anzeichen dafür, daß die Energiepolitik nicht unbedingt

eine Abwägung aller Interessen (ökologischer, sozialer und ökonomischer) verfolgen soll, sondern sich eher einseitig auf **privatwirtschaftliche** Interessen ausrichtet ...

Hiermit würden jene Recht bekommen, die sich gegen eine Einverleibung des Energie- ins Wirtschaftsministerium stellten, da somit eine autonome Energiepolitik nicht mehr gegeben sei...

Diese Einschätzung der Situation ist sehr wohl begründet: Der Verlauf der aktuellen Diskussionen zum vorliegenden Gesetzesprojekt in bezug auf die Stromliberalisierung sowie die Förderung erneuerbarer Energien tendieren jedenfalls in diese Richtung.

Vor allem aber fehlt es derzeit an jedweden energiepolitischen Zielvorstellungen seitens des Wirtschafts- oder aber auch des Umweltministeriums! Die energiepolitischen Schwerpunkte des neuen Wirtschaftsministeriums sind bis dato nicht einmal ansatzweise erkennbar - es sei denn eine rein privatwirtschaftlich auf große industrielle Kunden ausgerichtete.

• **Fragwürdiges Politikverständnis**

Die Behandlung des Energieressorts sowie der Stromliberalisierung wirft aber auch grundsätzliche Fragen über die politische Entscheidungsfindung in diesem Land auf. Das besagte Gesetzesprojekt zur Stromliberalisierung wurde deponiert, ohne daß der Energieminister oder aber die Regierung auch nur eine einzige (!) Abänderung am Entwurf - der unter der vorherigen Regierung von einem LSAP-Minister erstellt wurde - anbrachte.

Dies mit dem Argument, dieses Recht solle der Abgeordnetenkommission vorbehalten bleiben.

Eine derartige Vorgehensweise wirft Fragen über das Selbstverständnis des Wirtschaftsministeriums auf - wer verpaßt schon gerne die Chance einem Gesetzesprojekt als Ministerium seinen Stempel aufzuprägen, wenn er über klare Zielvorstellungen verfügt?

Zumindest vordergründig könnte man meinen, eine solche Vorgehensweise könnte aber auch zu einer Aufwertung der Abgeordnetenkommission führen.

Das Projekt weist - eine Einschätzung die vielfach auch in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkommission geteilt wird - eine Reihe von wesentlichen Schwachstellen auf: es fehlt an Vorgaben betreffend erneuerbare Energien, an der Möglichkeit Stromimporte aus Nicht-EU-Ländern zu unterbinden, die nicht bestimmten Standards entsprechen u.a.m.

Nun aber, nachdem das Parlament sich im Detail mit eventuellen Änderungen befaßt hat, wird gerade seitens des Wirtschaftsministeriums argumentiert, der seitens der EU ausgeübte Zeitdruck wäre derart, daß auch die Abgeordnetenkommission keine grundsätzlichen Vorschläge mehr erstellen solle ...!

In anderen Worten: hier wird das Parlament seitens des Wirtschaftsministeriums regelrecht vorgeführt!

* **Politische Weichenstellung im Sinne der Nachhaltigkeit gefordert!**

Es gibt überhaupt kein Argument dafür - nach den intensiven Diskussionen in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkommission - das ursprüngliche Gesetzesprojekt zur Stromliberalisierung nicht im Sinne einer nachhaltigen Politik abzuändern und kurzfristig dem Staatsrat zur Begutachtung vorzulegen.

Hier geht es letztlich doch wohl auch um das Primat der politischen Entscheidungsgewalt der Legislative gegenüber einem sektoriellen Ministerium!

Fallbeispiel: Transportpolitik

Im Transportbereich sind divergierende Aussagen im Koalitionsabkommen erkennbar: sowohl die Förderung und der Ausbau der öffentlichen Transportmittel als auch der weitere Ausbau der Straßen- und Flughafeninfrastrukturen werden angeführt.

• Lokaler Lobbyismus versus nationale verkehrspolitische Weichenstellungen?

Obwohl noch nicht alle Studien betreffend die moderne Regionaltram vorlagen, wurde seitens des Transportministeriums klargestellt, aufgrund der Schöffenratserklärung der Stadt Luxemburg käme ein Bau der modernen Regionaltram durch den Stadtkern nicht mehr in Frage ...

Würde dies bestätigt, dann würde auch letztlich klar sein, daß die noch laufende Studie scheinbar nur als Teil einer Hinhaltenaktik in Auftrag gegeben wurde.

Eine Stellungnahme der Regierung bzw. des Premiers zum BTB-Projekt liegt übrigens nicht vor...

Es kann nicht sein, daß ein Transportministerium sich mit der lapidaren Feststellung der Aufgabe des BTB-Projektes - das immerhin von der Abgeordnetenkammer eingefordert worden war - aus der Verantwortung stiehlt.

• Warten auf (neue) verkehrspolitische Akzente...

Während eine klare Sprache gegen ein zukunftsweisendes Projekt im Verkehrsbereich gesprochen wird, ist zur Zeit seitens des Transportministeriums - losgelöst von einigen Diskussionen zu punktuellen Buslinien oder aber zu gewissen Gefahrenpunkten bei der Eisenbahngesellschaft - (noch) keine eigenliche eigene verkehrspolitische Strategie erkennbar. Unersichtlich ist, welche grundsätzliche (Neu)-Orientierungen in der Verkehrspolitik angestrebt werden, um die aktuellen Herausforderungen aufzugreifen:

- Welche verkehrspolitische Strategie wird verfolgt, um bei steigendem Bevölkerungswachstum eine umweltverträgliche Mobilität zu gewährleisten?
- Wie soll das Problem der zig-tausend Einpendler gelöst werden?
- Wie kann man die alltäglichen Staus an der Wurzel angehen?
- Wie will Luxemburg die Kyoto-Kriterien auch im Verkehrssektor umsetzen?
- Wie kann die Mobilität innerhalb der Regionen umweltschonend organisiert werden?

Angesichts des aktuellen tagtäglichen Verkehrschaos und der Prognosen für die weitere Verkehrsentwicklung wartet der Mouvement Ecologique gespannt auf die «neuen» verkehrspolitischen Akzente des Transportministeriums.

Ein Anlegen neuer «Park and ride» rundum die Hauptstadt, wie hie und da angedeutet, stellt jedenfalls keinen Qualitätssprung im öffentlichen Transport dar und ist nicht geeignet den «modal split» im Verkehrsbereich zugunsten der Umweltverbundes bzw. die Lebensqualität der Anwohner vieler Wohngemeinden im Umfeld der Stadt Luxemburg zu erhöhen!

• Warten auf die Umsetzung der EU-Direktive über Impaktstudien...

Luxemburg hat diese aus umweltpolitischer Sicht, aber auch aus der Perspektive der Bürgerbeteiligung, wichtige Direktive noch nicht integral in Luxemburger Recht umgesetzt. Vor allem die Berücksichtigung der Direktive bei Straßenbauprojekten ist immer noch nicht gewährleistet. Dabei

wird gerade jetzt weiterhin am Bau neuer Umgehungsstraßen geplant ...

- **Schritte auf dem Weg zu einer «neuen Mobilität» dringend notwendig**

Die Umsetzung der in der Regierungserklärung angeführten bedeutungsvollen Projekte aus der Sicht einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik - wie z.B. die Schaffung eines Verkehrsverbundes sowie einer Mobilitätszentrale - sind zur Zeit, wie erwähnt, zumindest nach außen nicht ersichtlich.

Arbeitet das Ministerium systematisch an diesen Projekten ... oder aber sind sie auf Eis gelegt, da sie verkehrspolitische Zielvorstellungen seitens des Ministeriums und eine pro-aktive Politik voraussetzen ... ?

Wenn das Koalitionsabkommen in diesem Bereich umgesetzt werden soll, bedarf es jedenfalls auch entsprechender Strukturen, die zur Zeit fehlen.

Fallbeispiel Landesplanung

- **Neues politisches Gewicht für die Landesplanung?**

Die Zusammenführung von Innen- und Landesplanungsministerium scheint dazu zu führen, daß die Landesplanung politisch an Stärke gewinnen kann. Eine gewisse Dynamisierung im Bereich der staatlichen Politik in bezug auf die Industriebranchen im Süden des Landes läßt jedenfalls Hoffnungen auf eine kohärentere Vorgehensweise aufkommen.

Der Mouvement Ecologique erwartet mit Spannung das Resultat der aktuellen Verhandlungen in bezug auf die Grundstücksfrage in Sachen Industriebranchen. Ausschlaggebend wird für den Mouvement Ecologique sein inwiefern:

- die öffentlichen Interessen und die Einbindung der Gemeinden sowie
 - eine kohärente Gesamtplanung gewährleistet wird
- im Hinblick auf einen Strukturwandel im Süden des Landes.

Diese Initiativen werden seitens des Mouvement Ecologique ausdrücklich begrüßt.

- **Auf dem Wege zu einem Zusammenwirken der sektoriellen Politikbereiche?**

Doch grundsätzliche Probleme scheinen weiterhin zu bestehen: das Landesplanungsministerium hängt bei der Qualität seiner Arbeit wesentlich von qualitativen Vorgaben seitens der sektoriellen Ministerien ab. Einige Beispiele:

- Ein sektorieller Plan der schützenswerten Gebiete - sei es u.a. aus der Sicht des Naturschutzes oder aber der Naherholung -, ist im Koalitionsabkommen vorgesehen. Es handelt sich dabei um eine für alle weiteren Nutzungsansprüche grundlegende Voraussetzung. Hier ist somit besonders das Umweltministerium gefordert grundsätzliche Vorarbeiten zu leisten. Ein Vorankommen in diesem Sinne ist zur Zeit jedoch (noch)nicht erkennbar.
- Die Erstellung eines integrierten Verkehrskonzeptes für Luxemburg ist angesichts der erwähnten Verkehrsproblematik vordringlich: Welches sind die strukturellen Rahmenbedingungen für die Verkehrspolitik von morgen? Wie soll der Modal-Split zugunsten öffentlicher Transportmittel gefördert werden? Welche Auswirkungen auf die räumliche Entwicklungen (z.B. auch die Gestaltung von Aktivitätszonen, die Schaffung neuer Wohngebiete ...) hat diese Planung? Bis dato ist nicht ersichtlich, daß sich dieser Frage u.a. im Transportministerium offensiv angenommen wurde.

- Wie auch soll die seit langem von allen Kreisen eingeforderte Dezentralisierung im konkreten vonstatten gehen? Welche Voraussetzungen müssen diesbezüglich in den verschiedenen Bereichengeschaffen werden?

- **Wéi e Lëtzebuerg fir muer: Zukunft antizipieren!**

Problematisch sieht der Mouvement Ecologique die Tatsache an, daß bis auf weiteres eine Diskussion über die Zukunftsvisionen Luxemburgs - auch im Zusammenhang mit seiner Rolle in der Großregion - noch immer aussteht. Dringend notwendig ist eine Antizipation der weiteren Entwicklung und u.a. der Steuerung der Folgen der demographischen Entwicklung u.a.m. im Bereich der Siedlungs- und der Verkehrsentwicklung. Dies gilt u.a. auch in Bezug auf die Regionalentwicklung, nicht nur im Süden und im Zentrum, sondern besonders auch in Bezug auf die Nordstadt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage der konkreten Überarbeitung des «programme directeur» der Landesplanung, das unter der letzten Legislaturperiode in die Wege geleitet wurde.

Fallbeispiel Umwelt- und Naturschutzpolitik

Umweltpolitik hatte in Luxemburg noch nie einen einfachen Stand. Nunmehr scheint sich jedoch zur Zeit ein regelrechtes «démantèlement» dieses Politikbereiches sowie des zuständigen Ministeriums anzubahnen.

- **Nach der Wasserwirtschaft: auch Naturschutzkompetenzen abgegeben ?!**

Nach dem Transfer der Wasserwirtschaftskompetenz an das Innenministerium hat das Umweltministerium eine weitere Schlüsselkompetenz abgegeben: die konkrete Naturschutzarbeit wurde fast integral dem Landwirtschaftsministerium überlassen. Dies nicht nur in bezug auf die Gelder zur Biodiversität - was seitens bestimmter Kreise als Kompromisslösung im Spannungsfeld Landwirtschaft / Umwelt angesehen wurde - , sondern auch betreffend die konkrete Umsetzung wird dem Landwirtschaftsministerium die Federführung überlassen ...

Dies hat de facto zu einer weiteren Entmündigung des Umweltministeriums geführt - nunmehr auch im naturschutzfachlichen Bereich! Mit übrigens dem Resultat, daß zur Zeit ein völliger Stillstand in der Umsetzung der EU-Direktive betreffend die Habitat-Gebiete besteht.

- **Genehmigungspraxis wirft Fragen auf**

Gleichzeitig wirft die Genehmigungspraxis im Umweltministerium selbst verstärkt Fragen auf. Die Erteilung von Kommodo- und Naturschutzgenehmigungen wurde sicherlich erheblich beschleunigt (aber zu welchem umweltpolitischen Preis?). Auch gibt es Hinweise dafür, daß die erteilten Auflagen bei derartigen Genehmigungen weitaus weniger stringenter zu sein scheinen als noch vor einigen Monaten - dies aufgrund mehr oder weniger bewußter politischer Entscheidungen.

Es ist zu hoffen, daß nicht jene Recht bekommen, die glauben, daß an oberster Stelle zur Zeit nicht mehr die Qualität der Auflagen aus Umweltsicht, sondern ausschließlich eine schnelle Bearbeitungszeit und die Zufriedenheit des Antragstellers ausschlaggebend seien.

- **(Noch) keine umweltpolitische Strategien erkennbar**

Tiefe Besorgnis aber wirft besonders die Tatsache auf, daß das Umweltministerium nach über 200 Tagen Regierungsarbeit kein einziges (!) Konzept bzw. keine Strategie in einer Reihe von Schlüsseldossiers nach außen dargelegt hat: So wird z.B. immer wieder von einem CO2-Reduktionsplan gesprochen - konkrete diesbezügliche Schritte sind aber nicht erkennbar.

- **Nachhaltigkeitsplan durch politische Praxis in Frage gestellt**

Sowohl das Gesetzesprojekt zur Stromliberalisierung wie auch die Entscheidung gegen den Bau der modernen Regionaltram widersprechen eindeutig den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung. Dennoch hat nach außen hin, weder der Umweltminister noch sein Staatssekretär bis dato in diesen Dossiers eine klare Position eingenommen.

Was ist der Sinn eines Nachhaltigkeitskonzeptes, wenn in der Praxis niemand sich daran hält? Wie kann ein eigenes Profil des Umweltministeriums erkennbar werden, wenn es zu solchen zentralen Fragestellungen nicht Stellung bezieht?

Umwelt- und Wirtschaftsministerium: Einblicke in ein gestörtes Verhältnis

Der Mouvement Ecologique hatte vor einiger Zeit Einblick in interne Dokumente, die einen ernüchterten Einblick in die Regierungsarbeit geben. Zwei Beispiele:

Sinnvolle Vorschläge des Umweltministeriums...

Aufgrund der neuen Ressortenteilung - d.h. Doppelkompetenz des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums im Bereich der alternativen Energien / Energiesparkampagnen - richtete das Umweltministerium Ende November ein Schreiben an das Wirtschaftsministerium, in dem eine Reihe von konkreten Abänderungsvorschlägen für die Umsetzung des Gesetzesprojektes zur Stromliberalisierung gemacht wurden.

So wurden u.a. folgende konkrete Vorschläge unterbreitet:

- Festlegung von Quoten betreffend den Anteil regenerativer Energien am Strommix;
- Vorschlag einer Verwendung der Einnahmen der Stromtaxe auch für energiepolitische Maßnahmen;
- Einführung der Stromsteuer für *alle* Energiekunden, d.h. Fallenlassen der derzeit vorgesehenen Ausnahmeregelung für große Betriebe (wobei diese gemäß Vorschlag des Umweltministeriums im Falle von Energiesparmaßnahmen eine teilweise Rückerstattung der Gelder erhalten sollen);
- Schaffung einer autonomen Energieagentur, dies u.a. in Zusammenhang mit den Kyoto-Beschlüssen;
- Einführung eines Angebotes von «grünem Strom».

... vom Wirtschaftsministerium in äußerst schroffer Art und Weise abgewiesen!

Diese Vorschläge des Umweltministeriums wurden in einer äußerst schroffen Art und Weise vom Wirtschaftsministerium förmlich niedergeschmettert. Wir zitieren aus dem Antwortschreiben des Wirtschaftsministeriums:

«La note du ministre de l'environnement (...) constitue une ingérence flagrante dans les affaires du département de l'Energie qui relève du ministre de l'Economie. Une concertation préalable avec la Direction de l'Energie aurait été de rigueur, car la note (...) est mal fondée et contient en plus de nombreuses erreurs et fut, de surcroît diffusée à certains députés.» (Fettdruck durch Mouvement Ecologique).

Stil und Wortwahl dieses Antwortschreibens zeigt auf, daß das Wirtschaftsministerium dem Umweltministerium tatsächlich das Recht abzusprechen scheint, legitime Anregungen betreffend der Förderung alternativer Energien zu unterbreiten. Dies ist umso befremdender, wenn diese gemäß Ressortaufteilung der Regierung ausdrücklich auch dem Umweltministerium unterliegen sollen bzw. das Umweltministerium für die Klimapolitik verantwortlich zeichnet!

Darüber hinaus: Will das Wirtschaftsministerium dem Umweltministerium tatsächlich das Recht absprechen, Stellung zu beziehen, wenn in Luxemburg eine Oeko-Steuer eingeführt werden soll?

Ist es der neue politische Stil für einen «Dialog» mit den Bürgerinnen einzutreten, jedoch einem Ressortminister zu verbieten (zumal wenn er direkt betroffen ist), einem anderen Ressortminister

Anregungen zu unterbreiten? Sollen die politischen Entscheidungen in Luxemburg in Zukunft von einem einzelnen Ressortminister getroffen werden, ohne daß dazu zunächst ein Konsens auf Regierungsebene hergestellt werden muß?

Operiert das Wirtschaftsministerium bewußt mit Desinformation?

Weiterhin wird folgendes angeführt: *«Le ministère de l'Environnement est représenté au sein du Conseil National de l'Energie, qui depuis sa première réunion en juillet 1997 n'a cessé de se pencher sur les tenants et aboutissants de la transposition de la directive 96/92/CE et il a discuté in extenso le projet de loi portant transposition de la directive. Or, les représentants du ministère de l'Environnement ne se sont exprimés qu'au sujet de la taxe sur la consommation d'électricité (proposition 4).»*

Wen will das Wirtschaftsministerium hier in die Irre führen? Denn es ist gewußt, daß:

- der «Conseil National de l'Energie» in keiner Form in die Erstellung selbst des Gesetzesprojektes impliziert war;
- dieses Gremium - so wichtig es auch sein mag - Vertreter verschiedenster Interessengruppen regroupiert, z.B. Cegedel, Wirtschaftsministerium, Umweltverbände ...
- dieses Forum wohl kaum der Ort ist, wo Divergenzen zwischen Ministerien ausgetragen werden sollen.

Will das Wirtschaftsministerium allen Ernstes einem Umweltministerium nur im Rahmen eines solchen beratenden Gremiums ein Mitspracherecht zugestehen? Soll auch ignoriert werden, daß der neue Umweltminister die Gelegenheit nutzt, seine Vorstellungen einzubringen bei einem Projekt, was unter der vergangenen Regierung erstellt wurde?

Doch es geht noch weiter...

Bewußte Unterstellung falscher Fakten

- Seitens des Umweltministeriums wird darauf verwiesen, daß die EU-Direktive über die Artikel 8.3. die Möglichkeit zuläßt, Quoten für alternative Energien auch beim importierten Strom festzulegen. Das Wirtschaftsministerium moniert daß die Quotenwerte zu hoch sein könnten (was noch verständlich erscheinen könnte), und betreibt daraufhin eine bewußte Desinformationspolitik: es wird darauf verwiesen, daß im «*expose des motifs*» des Gesetzesprojektes angegeben wird, die Umsetzung dieser Passage der Direktive sei nicht notwendig, da beim inländischen Strom durchaus die Möglichkeit bestehen würde, regenerative Energien zu fördern ...
- Desweiteren wird auf die Anregung des Umweltministeriums, die «*Agence de l'Energie*» solle reformiert und dem Umweltministerium unterstellt werden, folgendes geantwortet: *«L'arrete grand-ducal du 11 août 1999 détermine sans équivoque que la compétence en matière d'Agence de l'Energie revient au Ministère de l'Economie (page 2052, point 6. Ministère de l'Economie, point 5). D'une manière générale l'arrete grand-ducal du 11 août 1999 retient que la politique énergétique générale et notamment les énergies renouvelables, les technologies nouvelles et utilisation rationnelle de l'énergie, l'information, la sensibilisation et la promotion relèvent de la compétence du Ministère de l'Economie»*. Während erstere Behauptung betreffend die «*agence de l'énergie*» noch zutrifft, ignoriert das Wirtschaftsministerium schlechthin, daß ebenselbes großherzogliche Reglement festhält, daß folgende Aufgabengebiete dem Umweltministerium unterliegen: *„lutte contre le changement climatique - promotion des économies d'énergies, des énergies nouvelles et renouvelables - audit écologique et énergétique - développement de la guidance écologique et énergétique“!*

Welches Spiel wird also hier seitens des Wirtschaftsministeriums gespielt?

- Auf die Anregung des Umweltministeriums, den Produzenten von grünem Strom die Möglichkeit zu geben, ihren Strom direkt an besonders interessierte Kunden zu verkaufen, wird folgende Antwort erteilt: dieses wäre bereits heute über das Reglement betreffend die Einspeisepreise möglich.
Dabei ist gewußt, daß dieses zur Zeit eben nicht ermöglicht, daß die Stromkunden ihren Strom direkt bei einem Produzenten erneuerbarer Energien einkaufen können! Die Produzenten alternativen Stroms haben lediglich die Möglichkeit, ihren Strom ins allgemeine Netz einzuspeisen. Zwischen beiden Vorgehensweisen liegen Welten ... Zudem müßte ein solches Prinzip im Gesetz über die Stromliberalisierung und nicht im grossherzoglichen Reglement festgelegt werden.

«Il ne faut pas melanger deux politiques, ä savoir, celle qui concerne la protection de l'environnement (seuils d'émission etc.) et celle relative ä l'énergie...»

so die Antwort des Wirtschaftsministeriums auf die Anregung des Umweltministeriums, große Betriebe nicht von der Stromsteuer zu befreien sondern Rückerstattungen für Energiesparmaßnahmen zu zahlen. Ein Konzept das mit großem Erfolg in Dänemark, der Schweiz, teilweise in der BRD ... durchgeführt wird und das unter Experten unumstritten ist. Doch die Argumentation für die ablehnende Haltung des Ministeriums läßt weiterhin tief blicken. Zwei weitere Beispiele betreffend diesen präzisen Punkt:

«les résultats de l'accord volontaire conclu en mars 1996 entre le gouvernement et FEDIL témoignent que l'industrie a consacré un effort considérable dans l'amélioration du rendement énergétique de ses installations. Ainsi l'efficacité énergétique s'est amélioré de 13% par rapport à l'année de référence 1990. Il devient donc de plus en plus difficile de réaliser des économies d'énergie substantielles, souvent elles ne peuvent être atteintes que par le remplacement complet d'une ligne de fabrication par une nouvelle».

Dabei ist gewußt, daß:

- diese Verbesserung von 13% durchaus schon fast durch den generellen Fortschritt der Technik erreicht wird, ohne weitere große Anstrengungen;
- das Potential weitaus höher eingeschätzt wird, abhängig von Betriebssparte;
- diese 13% mehr denn kompensiert werden durch die steigende Produktion - die Tendenz des gesamten Stromverbrauchs in der Industrie ist steigend! - und entsprechend der Ansprüche von Kyoto weitergehende Anstrengungen durchgeführt werden müssen;
- diese 13% auf rein statistischen Verbrauchswerten beruhen, welche es nicht ermöglichen festzustellen, ob sie auf konkrete Sparmaßnahmen zurückzuführen sind oder ob es eher «zufällige» Erscheinungen sind.

Bedenklich ist bei diesem Briefwechsel:

- die Bevormundungspolitik, die das Wirtschaftsministerium gegenüber dem Umweltministerium ausübt,
- die offensichtliche Mißachtung der neuen Ressortenteilung der Regierung,
- die Tatsache, daß ein Ressortministerium einem anderen eine Meinungsäußerung bei relevanten Dossiers absprechen will, zumal wenn dieses davon vielfach betroffen ist;
- der Fakt, daß (bewußte) Falschinformationen vermittelt werden.

Befremdend ist aber auch, daß das Umweltministerium nach diesem Briefwechsel seine Forderungen scheinbar ad acta legte. Oder wie sonst ist es zu verstehen, daß bis dato jede öffentliche Äußerung in diesem Sinne seitens des Umweltministeriums vermißt wird? Wie sonst

ist zu verstehen, daß nicht einmal bekannt ist, ob in der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer diese Sichtweise des Umweltministeriums mit aller Deutlichkeit dargelegt wurde?

Ist das Ministerium derart schneidbereit, sich den Vorgaben des Wirtschaftsministeriums zu unterwerfen und auf seine Eigenständigkeit zu verzichten?

Schaffung vollendeter Tatsachen gegenüber der Abgeordnetenkammer

In einer «note» an den Regierungsrat wirft das Wirtschaftsministerium im übrigen das Problem auf, daß die CEGEDEL dem Staat für ihre Monopolstellung derzeit eine «redevance» von 6% auf dem Strompreis zahlen muß. Dies führe gemäß Wirtschaftsministerium dazu, daß die CEGEDEL den zukünftigen «freien Kunden» mit einem Stromverbrauch von mehr als 100 GWh pro Jahr, derzeit auch diesen Aufpreis verrechnen müsse. Eine derartige Vorgehensweise würde, so das Wirtschaftsministerium, die CEGEDEL gegenüber ihren Konkurrenten benachteiligen.

Wohl weist das Ministerium darauf hin, daß die CEGEDEL zum Zeitpunkt des Verfassens des Schreibens trotzdem bereits die neuen Kontrakte mit diesen Kunden für die nächsten Jahre abgeschlossen hat, dabei allerdings diesen besonders gute Voraussetzungen einräumen mußte: *«CEGEDEL n'était en mesure d'offrir des prix compétitifs à ses 3 clients éligibles qu'à condition de déduire la redevance de 6% de ses prix»*. Im Klartext heißt dies: die Gewinne der CEGEDEL fallen geringer aus... Ein Problem, welches das Wirtschaftsministerium zu beschäftigen scheint, denn daraufhin wird vorgeschlagen, bei diesen großen Kunden die Abgabe von 6% nachzulassen. (?!)

Dies mit dem Argument, nach Verabschiedung des Gesetzes werde die Abgabe durch eine Stromsteuer ersetzt (was stimmt) und von dieser sollten die großen Kunden eh befreit werden! Dabei ist gewußt, daß diese Befreiung der großen Kunden von der Stromsteuer - auch aus sozialpolitischer Sicht - mehr denn umstritten ist.

Das 6%-Argument ist auch aus der Tatsache heraus nicht gültig, da die CEGEDEL als praktisch einziger Netzbetreiber immer für den Transport des Stromes verantwortlich ist, welcher ein konkurrierender Anbieter an einen «client éligible» verkaufen will. Die Transportgebühren erhöhen den Preis der Konkurrenten und gehen an die CEGEDEL. Von einer Benachteiligung gegenüber der Konkurrenz kann also keine Rede sein.

So verfaßte ein Beamter des Umweltministeriums mit Recht folgendes Schreiben: *«S'agissant d'un point fort sensible du dossier concernant une taxation énergétique (imposition d'une taxe aux petits et moyens clients, exonération pure et simple de la taxe pour les grands clients), la proposition de décision soumise au Conseil de Gouvernement constituerait un préalable et ne permettrait plus la discussion d'une autre forme d'exonération (par exemple, imposition de la taxe également aux grands clients, mais ristourne en fonction d'un investissement «environnemental» ou d'engagement dans un Programme de réduction de gaz à effet de serre etc.), forme permettant au Gouvernement de s'engager d'ores et déjà concrètement dans la réalisation du programme arrêté dans ce domaine dans l'accord de coalition»*.

Doch das Wirtschaftsministerium sah sich wohl als Vertreter anderer Interessen ...

Nachhaltige Politik muß ihre Gestaltungsfähigkeit wahren!

Es wäre wohl vermessen, bereits nach 200 Tagen aufgrund u.a. der angeführten Fallbeispiele ein definitives negatives Urteil der Regierungsarbeit aus umweltpolitischer Sicht zu fällen. Und doch: unverkennbar ist, daß die angeführten Fallbeispiele aus gesellschaftspolitischer Sicht eine Reihe äußerst befremdender Tendenzen aufweisen - die über den rein ökologischen Bereich hinaus von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Es gehört zum Selbstverständnis des Mouvement Ecologique angesichts derart beunruhigender Tendenzen dazu öffentlich seine Meinung abzugeben.

(Nachhaltige) Politik braucht nach Außen erkennbare Visionen

Die aktuelle Regierungspraxis erweckt aus umweltpolitischer Sicht den Eindruck, als ob statt einer offensiven Politikgestaltung eher eine «gestion des affaires courantes» stattfinden würde.

Statt konkreter politischer Vorgaben und Zielvorstellungen - die in einer Gesellschaft kontradiktorisch zur Diskussion gestellt werden können - scheint die neue Regierungsmannschaft ihre Gestaltungsfähigkeit kaum nutzen zu wollen.

• **Politik kann und darf nicht werteneutral sein!**

Eine «wertneutrale» Politik würde nicht nur eine Aufgabe der Gestaltungsfähigkeit und einen entsprechenden (weiteren?) Vertrauensverlust der Bürgerinnen in das Politikgeschehen mit sich bringen. Gleichzeitig würde sie zu einem Verharren in tradierten, wenig zukunftsversprechenden Wegen führen, die mittelfristig zum Scheitern verurteilt sind - besonders angesichts globaler Herausforderungen wie der Klimapolitik.

Es gibt im übrigen keine wertneutrale Politik: ein erklärter Wille zu einer solchen Politik bedeutet letztlich nur das Überlassen dieser Aufgabe an marktpolitische Kräfte, die nicht unbedingt nach sozialen und volkswirtschaftlichen Kriterien, sondern vielfach ausschließlich nach gewinn- und kapitalorientierten Interessen agieren.

• **Die Natur der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen verlangt klare politische Zielvorstellungen**

Luxemburg hat sich darüber hinaus dem Prinzip der Nachhaltigkeit innerhalb von internationalen Konventionen verpflichtet. Grundgedanke dieses Prinzips ist es doch gerade, verbindliche politische Zielvorstellungen und die entsprechenden Instrumente zu gewährleisten, um:

- einerseits eine gerechte Verteilung der Ressourcen zwischen Nord und Süd herbeizuführen und
- andererseits die Voraussetzungen auf ökologischer Ebene zu gewährleisten (sowohl betreffend den Ressourcenverbrauch als auch die Schadstoffemissionen an die Umwelt) damit ein Überleben der kommenden Generationen auf diesem Planeten gewährleistet ist.

Dem Anspruch, die Rechte auch kommender Generationen stärker als bis dato ins Auge zu fassen, kann man jedoch nur gerecht werden, wenn sich die Politik sogar weitaus stärker als bisher an klaren Zielen orientiert:

- Wie sonst sollen die Kyoto-Kriterien berücksichtigt werden?
- Wie sonst kann gewährleistet werden, daß die Artenvielfalt erhalten bleibt?
- Wie sonst kann eine Wirtschaftsstruktur aufgebaut werden, die den mittel- und langfristigen Anforderungen einer nachhaltigen Politik gerecht wird?
- Wie sonst kann darüber hinaus auch ein langfristig tragbares Sozialsystem sichergestellt werden?

Nachhaltigkeit braucht Glaubwürdigkeit in der politischen Praxis

Es **besteht ein flagranter Widerspruch zwischen den hehren Absichten des Koalitionsabkommens und der tatsächlichen politischen Praxis!**

Glaubwürdigkeit herstellen bedeutet grundsätzliche Weichenstellungen in einer Reihe von Zukunftsbereichen vorzunehmen und fundamentale Entscheidungen über die zukünftige Ausrichtung der Politik zu treffen, ob z.B.:

- im Rahmen der Verkehrspolitik weiterhin sowohl Milliarden in den Ausbau des Straßennetzes als auch Gelder in die öffentlichen Transportmittel investiert werden oder aber ob nicht eine Trendwende und eine klare Bekenntnis zu den öffentlichen Transportmitteln im Sinne einer neuen Mobilität erforderlich ist?
- die Umweltpolitik und die Kyoto-Beschlüsse den politischen Stellenwert erhalten, daß auch das Umweltministerium ein legitimes Mitspracherecht bei den sektoriellen Politiken erhält und ggf. Projekte, die in flagrantem Widerspruch zu den Kyoto-Kriterien stehen überdacht werden bzw. zukunftsweisende Projekte prioritär durchgeführt werden?
- im Rahmen der Energiepolitik rein kurzfristige privatwirtschaftliche Interessen einiger weniger Großbetriebe den Ausschlag geben sollen, oder aber ob dieser Zukunftsmarkt auch in Luxemburg offensiv angegangen wird?
- z.B. der CO₂-Reduktionsplan auch dazu führen kann, daß Umänderungen in der Transportpolitik sichergestellt werden?

Die Regierung als solche wird in den nächsten Monaten nicht umhin kommen, hier eine deutlichere politische Ausrichtung erkennen zu lassen. Denn eine Politikform der Doppelbotschaften, die scheinbar allen Anforderungen gerecht zu werden wünscht, ist aus ökologischer Sicht unhaltbar.

Politik heißt auch deutlich Interessen gegeneinander abzuwägen und im Rahmen einer kohärenten Gesamtpolitik Farbe zu bekennen.

(Nachhaltige) Politik braucht schlagkräftige und zielgerichtete Strukturen

Die Regierungserklärung wurde wie bereits mehrfach erwähnt unter das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gestellt. Rein theoretisch wäre ein Umweltministerium die

Stelle, welche dafür Sorge tragen muß, daß das Konzept der Nachhaltigkeit Eingang in die sektoriellen Ministerien findet.

Dieses Ziel wird jedoch nur dann erreicht, wenn Luxemburg:

- über ein starkes Umweltministerium verfügt mit einem hohen politischen Stellenwert und Selbstverständnis,
- dem Umwelt- bzw. dem Landesplanungsministerium bei besonders relevanten Dossiers eine Mitsprache in die Politik der sektoriellen Ministerien eingeräumt wird: Der Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung setzt den politischen Willen zur Integration in die einzelnen sektoriellen Politikbereiche sowie eine partizipative Vorgehensweise mit allen Akteuren voraus.

Von dieser Situation ist Luxemburg jedoch - wie die oben angeführten Schreiben aufzeigen - noch äußerst weit entfernt. Das Gegenteil scheint manchmal der Fall zu sein.